

## Durchfahrt verboten! Ein Experiment versetzt die Stadt in Aufruhr

Dilettantischer hätte man es kaum anstellen können: Das wohl heikelste, umstrittenste und politisch brisanteste Projekt der letzten Jahre, eine probeweise geänderte Verkehrsführung in der nordwestlichen Innenstadt, wurde Mitte August früher als erwartet umgesetzt – und ganz ohne Ankündigung. Kein Wunder, dass es seither hoch hergeht in Coesfeld – und eine Beruhigung ist nicht in Sicht.

### Vorgeschichte

Dabei hatte sich die *Pro Coesfelder Rundschau* im November 2010 (Nr. 11) noch ganz optimistisch gezeigt: Die von den Bürgern nie akzeptierte Teil-

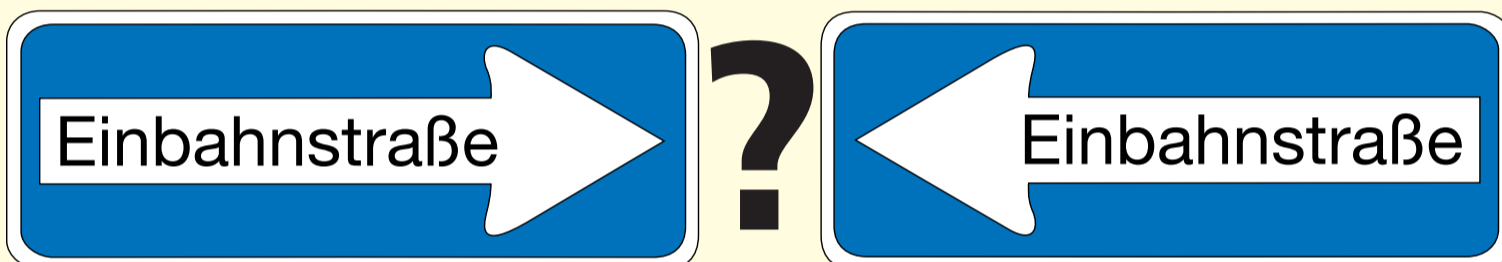
oder Bewohner aus anderen Teilen der Stadt.

### Heftige Kontroversen

Ungewohnt heftig und teilweise mit wütendem Unterton setzte eine Debatte ein, die noch lange nicht abgeschlossen scheint. Kritik wurde an Details der Regelung geübt, vor allem aber ganz grundsätzlich am Konzept selbst: „Schwachsinn“ und „Blödsinn“ zählten noch zu den höflicheren Kommentaren, von einem „Labyrinth“ war die Rede und unzumutbaren Belastungen, die nun nicht den Ring, sondern andere Straßen trafen. Das war freilich auch zu erwarten, denn eine neue

gervertreter im Laufe der Jahre vergessen haben, wer sie gewählt und in den Rat geschickt hat und für wessen Interessen sie dort einstehen sollen?

Alles besser wissen als die Bürger, das wollten die Pro Coesfelder nicht. Ihre Ratsmitglieder schauten sich das Geschehen aus der Nähe an, Tag für Tag; sie informierten sich bei den Kaufleuten, richteten einen Stand am Basteiwall ein, ließen dort Fragebögen ausfüllen und redeten mit den Bürgern, die das Gesprächsangebot in beeindruckender Zahl nutzten. Erst danach legte Pro Coesfeld seine Position fest: Da die überwältigende Mehrheit der Coesfelder offenbar dringend



Sperrung der Reiningstraße hatte im neuen Rat keine Mehrheit mehr; der Test war misslungen, die Straße wurde wieder freigegeben.

Auch in der nordwestlichen Innenstadt schien eigentlich alles klar zu sein: Beim erfolgreichen Bürgerentscheid von 2006 hatte eine deutliche Mehrheit der Coesfelder den Plänen einer Sperrung und Verkehrsbehinderung in diesem für den innerstädtischen Verkehr so wichtigen Viertel eine klare Absage erteilt. Die Ersten, die das Bürgervotum für belanglos erklärten, waren dann die eng mit dem Verkehrsclub VCD verbandelten Coesfelder Sozialdemokraten, bei denen Willy Brandts Motto „Mehr Demokratie wagen“ wohl nicht mehr allzu hoch im Kurs steht.

Und dann einigten sich überraschend die in dieser Sache zerstrittenen Nachbarschaften und erklärten sich bereit, unter Federführung der Verwaltung und in einem offenen Verfahren Vorschläge für eine neue Verkehrsführung auszuarbeiten, die zu einer Entlastung von Marienring und Basteiring führen sollten, ohne das Viertel von der Außenwelt abzuschotten und den Verkehr in andere Wohnstraßen umzulenken. Tatsächlich führten diese Beratungen zu einem Bürgervorschlag – und die Probe sollte nicht am Reißbrett erfolgen, sondern in einer halbjährigen Testphase auf den Straßen der nordwestlichen Innenstadt. Da Anwohner hier tatsächlich an der Planung mitgewirkt hatten und den Test ausdrücklich wünschten, haben auch die Pro Coesfelder, ansonsten eher Gegner von Straßensperrungen, dem Experiment mehrheitlich zugestimmt. Verkehrszählungen sollten die Ergebnisse messbar machen; letztlich entscheiden aber wohl nicht Zahlen, sondern Erfahrungen und Argumente der betroffenen Bürger, ob nun Anlieger

Beschilderung schafft den Verkehr ja nicht aus der Welt, sondern lenkt ihn allenfalls um – vornehmlich durch die unmittelbare Nachbarschaft, denn der große Umweg über den Konrad-Adenauer-Ring ist für sehr viele Autofahrer wohl keine echte Alternative. Und wer tatsächlich entnervt aufgibt, macht offenbar gleich in jeder Hinsicht einen Bogen um die Innenstadt; viele Einzelhändler berichteten von deutlich messbaren und teilweise gut dokumentierten Umsatzrückgängen und Schwierigkeiten bei der Belieferung. Für ein Verkehrschaos vor allem in der Neutor- und Wetmarstraße sorgte schließlich der Schulbeginn, als bei Bussen und Pkw teilweise gar nichts mehr ging. Und mittendrin die Schüler auf ihren Fahrrädern, deren wichtigster Radweg, die Promenade, jetzt auch noch – zwangsläufig – von der neuen Hauptdurchgangsstraße geschnitten wird; da wird der tägliche Schulweg zum Sicherheitsrisiko.

### Beschwichtigungsversuche

Die Coesfelder Lokalpolitik verfiel sofort in ein altbewährtes Schema, wie man es noch aus vergangenen Tagen, aus dem Streit um Grundschulen und Freibad etwa, kannte: Vertreter der etablierten Parteien warfen einen Blick ins Viertel und erklärten den entnervten Anliegern sogleich, warum dies alles gut und richtig sei; noch kurze Zeit, und jeder habe sich daran gewöhnt. Man könne es sowieso nicht allen recht machen, äußerten Politiker, und man solle auch nicht immer nur auf die unmittelbar betroffenen Leute hören, die ja ohnehin zu emotional seien und Sachargumenten nicht zugänglich – und die Existenzsorgen der Kaufleute wurden im Hauptausschuss gar als „Schwarzmalerei“ und „an den Haaren herbeigezogen“ abgetan. Kann es da sein, dass manche Bür-

den sofortigen Abbruch dieses missglückten Versuches fordert, hat Pro Coesfeld einen entsprechenden Antrag unterstützt, stand damit aber im Hauptausschuss auf verlorenem Posten. Alle anderen Parteien stimmten für die Fortsetzung der Probephase, obwohl deren Scheitern nach zwei Monaten eigentlich auf der Hand liegt. Besonders diffus blieb dabei die Linie der CDU: Man solle doch das Gremium, das den Versuch geplant hatte, wieder einberufen und diskutieren lassen ... Gewählt aber wurde auch die CDU, um Entscheidungen zu treffen und Verantwortung nicht auf Arbeitskreise abzuschieben.

An genau diesem Arbeitskreis entzündet sich mittlerweile ohnehin die Kritik mancher Anlieger: Teile von Nachbarschaften gehen auf Distanz, und etliche Anwohner sehen sich übergangen und alles andere als eingebunden. Zudem werden in Leserbriefen nun die Interessen der gesamten Bürgerschaft in die Waagschale geworfen – und die Interessen einer Kreisstadt, die es sich letztlich nicht leisten könne, einen beträchtlichen Teil ihrer Innenstadt vom Verkehr frei zu halten. Nach diesem Prinzip, so das Argument, könne bald jede Nachbarschaft ihre eigene autofreie Zone ausrufen. In Wirklichkeit aber, erläutern die Kritiker, unterläge ein wichtiger innerstädtischer Verbindungsring wohl doch anderen Regeln als ein neu ausgewiesenes Wohngebiet am Ortsrand.

Pro Coesfeld jedenfalls wird sich den vielen Argumenten nicht verschließen und plädiert weiter für einen unverzüglichen Abbruch des Experiments. Denn eines ist ohnehin klar: Eine Entscheidung gegen den Mehrheitswillen wird keinen Bestand haben; im Notfall werden die Bürger am Ende wohl wieder selbst die Notbremse ziehen – mittels Bürgerbegehren und Bürgerentscheid.

### Kommentare auf den Fragebögen von Pro Coesfeld

„Wer in der Stadt wohnt, muss mit Verkehr leben.“

„Wohne selbst am Basteiring, aber das Geld sollte man besser in die Renovierung der Gehwege stecken. Der Zustand am Basteiring war vorher auch erträglich, es ist schließlich Innenstadt.“

„Die Anwohner der Borkener oder Rekener Str. haben vielleicht auch ein Ruhebedürfnis. Aber jeder würde ihnen den Vogel zeigen, wenn sie gegen den Verkehr protestierten.“

„Um von der Haustür zum Parkplatz hinter dem Haus zu kommen, fahre ich jetzt durch die halbe Innenstadt.“

„Ja, ich finde mich zurecht, rege mich aber jedes Mal darüber auf.“

„Als Anwohner nehme ich den Verkehr lieber in Kauf als diesen Quatsch.“

„Beruhigung kann nicht zu Lasten anderer Anwohner gehen.“

„Wo bleibt die Solidarität? Wird eine Straße gesperrt, wird eine andere überbelastet.“

„Die Anwohner sind in die Stadt gezogen, um zentral zu wohnen, und beanspruchen jetzt Ruhe – ich habe ein Recht auf die Stadt und beanspruche die Straßen!“

„Maximale Inkompetenz, grob fahrlässig.“

„Der Bürgerentscheid war eindeutig. Die neue Regelung hat keine Akzeptanz und ist somit zum Scheitern verurteilt; siehe Stuttgart 21.“

„Man möge bitte eine Regelung, die nur wenigen nützt, aber viele Nachteile hat, so bald wie möglich zurücknehmen.“

„Schein-Bürgerbeteiligung: Nachbarschaftsprovisoren haben keinerlei politisches Mandat!“ (Eine Anwohnerin am Basteiwall)

„Manchmal fehlen einem die Worte.“



## Probleme am Kulturquartier

Beim Prestigeprojekt werden Schwierigkeiten kleingeredet

Nun hat man also in der Bauausschusssitzung am 06.07.2011 die Katze aus dem Sack gelassen: Teile des neuen Baugebietes „Wohnen am Kulturquartier“ weisen schlechte Bodenverhältnisse auf, zudem können dadurch bedingt die im Boden befindlichen Schadstoffe nicht entsorgt werden. Die Vorlage 158/2011 strotzt von Widersprüchen. So werden die Schadstoffgehalte an Chlorkohlenwasserstoff zwar als geringfügig eingestuft, der Gehalt an Schadstoffen liege aber über dem Sanierungszielwert und dem gesetzlich bestimmten Prüfwert der Bundesbodenschutzverordnung. Eine Nutzung des Grundwassers auf den verseuchten Baugrundstücken zu Trink- und Brauchwasserzwecken könne aus Vorsorgegründen nicht zugelassen werden, da eine geringe und zulässige Verunreinigung des Grundwassers durch Chlorkohlenwasserstoffe weiterhin nicht auszuschließen sei. Zudem müssen die betroffenen Grundstückskäufer-/eigentümer mit Gründungsproblemen rechnen, da sich unter manchen Baugrundstücken in der Tiefe von 3,00 m, also dem Gründungsniveau eines Kellergeschosses, eine ca. 3,00 m dicke Torfschicht befindet, auf der eine Gründung nur unter erschwerten Bedingungen und mit höheren Kosten zu realisieren ist. Die Experten von Pro Coesfeld hatten insbesondere vor der Schadstoffproblematik im Boden schon weit im Vorfeld gewarnt; der Kommentar des Ersten Beigeordneten lautete damals nur: „Vor der Schuppe ist es dunkel.“ Genauere und insbesondere eine höhere Anzahl von Baugrunduntersuchungen wurden seinerzeit nicht für notwendig erachtet. Nun wird das Problem einfach auf die Käufer/Bauwilligen verschoben, die zum einen mit höheren Baukosten rechnen müssen und denen zum anderen die Nutzung des Grundwassers für die Gartenbewässerung in Teilen des Baugebietes untersagt wird. Es ist schon kurios, wenn von geringfügiger

und zulässiger Verunreinigung des Grundwassers die Rede ist, andererseits aber die zulässigen Prüfwerte der Bundesbodenschutzverordnung nicht erreicht und Richtwerte somit überschritten werden. Könnte es womöglich sein, dass hier Planungsfehler vertuscht werden sollen, weil Warnungen von Experten in den Wind geschlagen wurden?

Natürlich haben diese neuen Funde und Erkenntnisse auch Auswirkungen auf den Kaufpreis. Man wird wohl oder übel die Grundstücke weit unter dem angesetzten Preis verkaufen müssen, um noch Interessenten zu finden. Die vielgepriesene und angeblich so hochwertige Wohnlage erfährt weitere Beeinträchtigungen, nicht nur durch den Lärm der Osterwicker Straße, der Theaterparkplätze und der Bahnlinie, jetzt auch noch durch Schadstoffe und eine Gründungsproblematik.

Chlorkohlenwasserstoffe werden zumeist über die Atemwege und sekundär über die Haut aufgenommen. Sie können das zentrale und periphere Nervensystem, Leber, Niere, Herz und Kreislauf, Blut, Atemwege und die Haut schädigen.

Wer keine Bedenken hat und ein günstiges Grundstück kaufen möchte, ist hier dann genau richtig; berücksichtigen sollten die Käufer allerdings, dass das, was zunächst günstig aussieht, auch seine Tücken hat, da die beschriebenen Mehrkosten beim Bau nicht unbedingt „von Pappe“ sein werden und man letztlich auf einer ständig tickenden Zeitbombe sitzt. Pro Coesfeld findet dies nicht in Ordnung, und auch die FDP sieht die Entwicklung mittlerweile kritisch. Bauwilligen Bürgerinnen und Bürgern rät die Wählergemeinschaft deshalb dringend, sich mit dem Bebauungsplan und den dort beschriebenen Auflagen intensiv auseinanderzusetzen; manchmal hilft auch die Beratung durch Fachleute. Wer bei der Planung etwas mehr investiert, erspart sich womöglich bedrohlich überhöhte Baukosten.

## Keine Chance mehr für die Berkel?

Die Berkel in der Innenstadt bleibt weiter ein scheußliches Rinnsal! Die Hoffnung, dass die Innenstadtberkel im Zusammenhang mit der EU-Wasserrahmenrichtlinie saniert werden könnte, wurde in einer Sitzung des Betriebsausschusses des Abwasserwerks zunichtegemacht. Die entsprechenden Fördermittel stehen nämlich laut Gutachter nur für Teilabschnitte eines Flusses zur Verfügung, die nicht durch Bauten an den Uferbereichen behindert werden. Das bedeutet: Die Berkel in der Innenstadt wird über die Umflut und die Fegetasche durchgängig gemacht. Die Innenstadt wird in diesem Konzept einfach umgangen. Was passiert nun aber mit dem „Kanal“ in der Stadt?

Pro Coesfeld hatte vor einiger Zeit einmal eine Studie zur Aufwertung der Innenstadt im Bereich der Berkel vorgelegt – von der die Ratsmehrheit im Wahlkampf nichts wissen wollte. Doch die Pro Coesfelder bleiben dabei: Wer diesen Schandfleck hinter der Post und an der Hinterseite des dm-Marktes

beseitigen möchte, muss sich etwas einfallen lassen. Die Öffnung des Bogens am Behelfsparkplatz zur Innenseite bis zur Unterführung am Gerichtsring böte die Chance zur Belebung dieser „toten“ Ecke. Nach wie vor denkbar wären an dieser Stelle „Berkelterrassen“: Eine stufenweise Umgestaltung und Begrünung könnte eine erholsame Oase in der Innenstadt entstehen lassen, in der sich vielleicht sogar Gastronomie und kleine Geschäfte niederlassen würden. Andere Experten hatten früher bereits die Sichtbarmachung kleiner Teilstücke der überbauten Innenstadtberkel in Form von „Lichtblicken“ ins Spiel gebracht, und eine phantasievolle Gestaltung im Liebfrauenpark wäre ebenfalls denkbar.

Hier ist eine innovative Stadtplanung gefragt! Das jetzige Gutachten jedenfalls darf die Debatte nicht beenden; sonst könnte man den Coesfelder Fluss auch gleich endgültig vergraben, verrohren und verschwinden lassen.

## Quarzsand im Wahlers Venn

Parklandschaft oder Tagebaubetrieb?

Bei der Abstimmung des neuen Regionalplanes gibt es rätselhafte Vorgänge um den geplanten Abbau von hochwertigen Quarzsanden im noch bestehenden Landschaftsschutzgebiet Wahlers Venn im Süden der Stadt Coesfeld. Im neuen Regionalplan wurde dieses Gebiet kurzerhand heruntergestuft und als Fläche für den allgemeinen Freiraum- und Agrarbereich ausgewiesen – der Abbau von Bodenschätzen wird damit erleichtert. Genehmigende Behörde ist die Bezirksregierung Arnsberg als Nachfolgebehörde des Oberbergamtes, die sich schon bei der Genehmigung der Frackingbohrungen nach Erdgas nicht gerade mit Ruhm bekleckert hat (zur Erinnerung: die Frackingbohrungen wurden von dieser Behörde genehmigt und erst von der Landesregierung gestoppt). Im Umweltausschuss stimmten alle Parteien mit Ausnahme von Pro Coesfeld und den Grünen der Rückstufung des Gebietes zu; somit sind die Tore für einen Quarzsandabbau und eine weitere Verschandelung der Landschaft weit aufgestoßen.

### Taktieren im Rat

Die Diskussion in zwei aufeinanderfolgenden Sitzungen des Planungsausschusses war kontrovers. So sprach sich die FDP-Fraktion uneingeschränkt für den Quarzsandabbau aus, die CDU-Fraktion präsentierte einen eigenen, sehr spitzfindigen Antrag und drückte sich vor einer klaren Haltung: Man sei nicht für den Sandabbau, wolle der Herabstufung vom Landschaftsschutzgebiet zur Fläche für den allgemeinen Freiraum- und Agrarbereich aber durchaus zustimmen, hieß es. So vermeidet man jede Festlegung und hält sich den politischen Spielraum nach allen Seiten hin offen; der Merkelsche Politikstil scheint jetzt auch bei ihren Coesfelder Parteifreunden angekommen zu sein.

Im Laufe der Debatte kippte auch die SPD; sie zog ihren doch recht scharf formulierten Antrag gegen einen Quarzsandabbau zurück und stimmte dann mit der CDU. Die Aktiven, die vor der ersten Sitzung noch vollmundig verkündet hatten, dem Quarzsandabbau zuzustimmen, verstummten in der Diskussion zunehmend und hatten dann keine Meinung mehr.

Lediglich Pro Coesfeld und die Grünen, die mit eigenem Antrag das Landschaftsschutzgebiet erhalten wollten, blieben ihrer Linie treu.

### Blick in die Zukunft

Pro Coesfeld plädiert für den Erhalt der münsterländischen Parklandschaft – im Interesse der hier lebenden Menschen und der Touristen. Denn welcher Fahrradtourist möchte schon durch abgewirtschaftete Landschaften mit monokultureller Ausprägung, mit industriell betriebenen Quarzsandabbaugruben und durch Wälder aus Windkraftanlagen fahren, wo nur noch Mais steht, wo hohe Sandberge vor riesigen Propellertürmen aufragen? Gerade der für das Münsterland so wichtige Fahrradtourismus dürfte in einer solchen Zukunft seine Bedeutung verlieren.

Pro Coesfeld hat da ein etwas anderes Verständnis von Zukunft: Die vielbeschworene Generationengerechtigkeit bedeutet nämlich für die Wählergemeinschaft auch, dass wir die heimliche Landschaft unseren Kindern einigermaßen intakt übergeben und nicht schon jetzt ohne Not komplett ausbeuten; sollte Quarzsand tatsächlich einmal ein wertvolles, knapp bemessenes Gut werden, haben künftige Generationen dann immer noch die Chance, sich für eine wirtschaftliche Nutzung zu entscheiden.

### Wolf(f) ohne Schafspelz

Alles begann mit einer Anfang 2011 gestellten Anfrage der Firma Wolff & Müller zum Quarzsandabbau bei der Stadt Coesfeld. Auf 160 ha wurden im Wahlers Venn umfangreiche Quarzsandvorkommen von höchster Reinheit gefunden – ein interessanter, aber weltweit nahezu unbegrenzt vorhandener Rohstoff (ein großer Teil der deutschen Förderung ist für den Export bestimmt).

Weitere Aufklärung versprach eine Informationsveranstaltung der Firma Wolff & Müller im Rathaus. Schon der Zeitpunkt der Sitzung um 8.30 Uhr ließ allerdings an der Ernsthaftigkeit zweifeln; Berufstätige hätten dafür einen Urlaubstag nehmen müssen ...

Als Wolf(f) im Schafspelz führte sich der Vertreter der Firma Wolff & Müller dort wahrhaftig nicht auf, er setzte sich sogleich als Wolf in Szene. Keine moderaten Töne, die man erwarten dürfte, wenn Befürchtungen und Ängste in der Bevölkerung abgebaut werden sollen, nein, es kam eher die Holzhammermethode: Zur Not setze man das Vorhaben auch gegen den Willen der Stadt, des Rates und der Bevölkerung um, denn Coesfeld sei in dem Genehmigungsverfahren ja sowieso nur ein kleines Licht. Entscheidungsträger seien die Bezirksregierung Arnsberg als Bergaufsichtsbehörde und die Bezirksregierung Münster als Regionalplanungsbehörde, basta ... Auf Fragen nur ausweichende Antworten: Schäden an der Infrastruktur (Straßen und Wirtschaftswege) sollen durch den Bau einer neuen Straße vermieden werden, Renaturierung erfolgt nach den gesetzlichen Vorschriften; keine Aussagen dazu, wie die konkreten Maßnahmen aussehen werden. Und der Rückbau von Industrieanlagen oder eine Insolvenzabsicherung? Zu all dem kein Wort.

Und was bleibt dann überhaupt für Coesfeld außer der Landschaftszerstörung? Doch zumindest Gewerbesteuererinnahmen? Nein, auch da mochte sich der Firmenvertreter lieber nicht festlegen; vielleicht ein paar Arbeitsplätze und dafür den vom Land zugewiesenen Anteil an der Einkommensteuer. So rüde geht ein Unternehmen mit einer Stadt und den Vertretern der Bürger um, wenn es nicht verhandeln muss – weil ja auf höherer Ebene entschieden wird.

Auch deshalb sollte Coesfeld Farbe bekennen – und den Plänen zumindest vernehmlich widersprechen.



## Bürgerhaushalt eingeführt

Am 6. April 2011 hat der Rat der Einrichtung eines Bürgerhaushalts zugestimmt. Eine gute Entscheidung ... aber leider nicht für Coesfeld, denn eingeführt wurde der Bürgerhaushalt in Münster. Vorausgegangen war dort eine rund einjährige Vorbereitung durch eine Arbeitsgruppe aus „normalen“ Bürgern und Mitarbeitern der Stadtverwaltung.

Münsters Politik hat im Gegensatz zur Coesfelder Verwaltungsspitze und der hiesigen Ratsmehrheit erkannt, dass es in Zeiten knapper Finanzen sinnvoll ist, den Bürger ins Boot zu holen. Leider verfolgt die Mehrheit in Coesfeld, allen voran der Bürgermeister, eine Philosophie der Negativorientierung. Statt sich nämlich an Kommunen zu orientieren, die den Bürgerhaushalt erfolgreich praktizieren, argumentiert man hier mit negativen Beispielen gegen ein solches Modell. Dabei nimmt landesweit die Zahl der Kommunen mit Bürgerhaushalt stetig zu.

Das Verfahren in Münster erstreckt sich über vier Phasen:

In einer **Vorschlagsphase** können Münsteraner/innen und alle, die eine gute Idee zum Münsterschen Haushalt oder zu den städtischen Leistungsbereichen haben, Vorschläge machen: entweder auf der Internet-

seite, schriftlich oder auch telefonisch.

Alle Vorschläge können in der **Bewertungsphase** durch die Münsteraner/innen beurteilt werden. Das passiert im Internet oder auf Vor-Ort-Veranstaltungen. Schließlich folgt eine schriftliche Umfrage zu den eingereichten Vorschlägen, die auch die Stadtbezirke berücksichtigt.

Die am besten bewerteten Vorschläge werden dann in der **Dokumentationsphase** von der Stadtverwaltung auf ihre Umsetzbarkeit, ihre Wirkung auf den städtischen Haushalt usw. geprüft. Die Dokumentation wird auf der Internetseite veröffentlicht und dem Rat der Stadt Münster vorgelegt.

Anschließend **entscheidet der Rat** der Stadt Münster über die am besten bewerteten Vorschläge. Die Ratsbeschlüsse – und auch ihre Umsetzung durch die Verwaltung – werden dokumentiert und ebenfalls im Internet veröffentlicht.

Pro Coesfeld bleibt bei diesem Thema am Ball und wird auch künftig versuchen, endlich eine Ratsmehrheit für ein Projekt zu gewinnen, das einerseits eine breite Bürgerbeteiligung bietet und andererseits hilft, den Haushalt wieder auf eine solide Bahn zu lenken.

## Gespräche unerwünscht

**Beim Streit um Kindergartenbeiträge fanden Eltern kein Gehör**

Angesichts einer desolaten Haushaltslage war Anfang 2011 in allen Ressorts Sparen angesagt; auch die Elternbeiträge für den Besuch von Kindergärten waren da nicht tabu. Dass die betroffenen Eltern sich energisch zur Wehr setzten, war verständlich – und ihr gutes Recht. Die Pro Coesfelder konnten den Einwänden der Eltern teilweise folgen und trugen deshalb nicht sämtliche Sparbeschlüsse mit. Da die soziale Staffelung der Beiträge aber sogar verbessert wurde und ein Bemühen um eine gerechte Verteilung zu erkennen war, stimmte auch Pro Coesfeld den zentralen Entscheidungen zu: vor allem der Einführung eines einheitlichen Stundensatzes für die unterschiedlichen Betreuungszeiten, der einen linearen Anstieg der Beiträge je nach Betreuungsaufwand zur Folge hatte.

Dass die Angelegenheit aus Sicht von Pro Coesfeld doch noch einen schalen Beigeschmack bekam, lag weniger am Inhalt der Beschlüsse als an den Begleitumständen. Denn die sehr engagierte Elterninitiative hatte die Politiker um einen Runden Tisch gebeten, um noch ein letztes Mal in ruhi-

ger Atmosphäre Argumente auszutauschen. Die Zeit drängte noch nicht; Pro Coesfeld unterstützte daher die Bitte der Eltern um ein solches Gespräch und beantragte in der Ratsitzung vom 03.02.2011 eine Vertagung der Beitragsentscheidung. Nicht etwa, so Fraktionsvorsitzender Günter Hallay, um von der eigenen Position abzurücken, sondern um sie den protestierenden Eltern in Ruhe zu erläutern – und um vielleicht auch noch Einwände zu hören, die man bisher nicht bedacht hatte. Ein solches Gespräch habe aber nun einmal keinen Sinn, wenn der Rat schon vorab vollendete Tatsachen schaffe.

Dafür aber zeigten die anderen Fraktionen – mit Ausnahme der FDP – keinerlei Verständnis: Was denn ein Runder Tisch noch solle? Zeit sei genug gewesen, jetzt müsse man eben entscheiden, polterte die CDU. Und auch die SPD verstand nicht, worum es den Betroffenen ging: Wer diskutieren wolle, habe dafür ein halbes Jahr lang Zeit gehabt, das reiche jetzt wohl.

Den vielen Eltern, die auf der Empore saßen und die Sitzung verfolgten, hat es wohl ebenfalls gereicht.

## Inklusion für alle?

**Förderschulen vorerst unersetzlich**

Bei der Inklusion handelt es sich um eine zentrale Forderung der UN-Behindertenrechtskonvention, die im Jahr 2009 vom Bundestag ratifiziert wurde. Alle Menschen sollen, so das Anliegen dieser Konvention, unter gleichen Rahmenbedingungen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Das ist gut und richtig und sollte auch eine Grundlage für gesellschaftliches und politisches Handeln sein. Besonders im schulischen Bereich wird die Umsetzung dieses Zieles viele Veränderungen mit sich bringen. Immer mehr Regelschulen orientieren sich mittlerweile am Ziel der Inklusion und nehmen Kinder mit Behinderungen in reguläre Klassen auf. Damit aber betreten sie absolutes Neuland. In einer solchen Situation sind gute Konzepte und zusätzliche Ressourcen unbedingt erforderlich. Doch in beiden Punkten werden Schulen und Lehrer weitgehend alleingelassen. Inklusion kostet nämlich Geld, viel Geld. Schließlich wird Personal gebraucht, das aus- und fortgebildet werden muss.

### Schwierigkeiten bei der Umsetzung

Momentan ähnelt die Umsetzung der Inklusion vielfach einem Potemkin'schen Dorf. Die Idee wird fein herausgeputzt. Man legt viel Wert auf eine glänzende Fassade, doch bleibt die pädagogische Praxis oft dahinter zurück. Das kann auch kaum anders sein, denn es müssen eben zunächst einmal ausreichende Bedingungen vor Ort geschaffen werden, bevor aus einer schönen Idee schulische Wirklichkeit werden kann. Zum neuen Schuljahr wurden wieder zahlreiche Kinder, nachdem wie von Zauberhand seitens der Schulaufsicht aus einem „sonderpädagogischen Förderbedarf“ ein „erhöhter Förderbedarf“ gemacht wurde, ins System der Regelschule geschickt. So weit, so gut?

Die Realität sieht so aus, dass häufig genug räumliche, materielle und personelle Voraussetzungen fehlen. Kinder mit einer Behinderung, die besonders in lebenspraktischer Hinsicht gefördert werden müssen, sitzen also nun in einer Regelschulklasse. An dieser Stelle wird von den Schulbehörden gern immer wieder behauptet, dass ein zusätzlicher Sonderpädagoge ständig vor Ort in der Klasse sei. Doch handelt es sich

hier um ein absolutes Wunschdenken. Für Schülerinnen und Schüler mit dem Förderschwerpunkt „Lernen“ stehen pro Woche gerade einmal 2,3 Stunden an zusätzlicher sonderpädagogischer Förderung zur Verfügung. Natürlich kann die Intensität der Förderung erhöht werden, wenn möglichst viele Kinder mit Förderbedarf in einer Klasse zusammengefasst werden. Doch genau das widerspricht ja der Idee der Inklusion, schafft man so doch eine neue Stigmatisierung, wenn auch unter dem Dach der Regelschule.

### Förderschulen als Alternative

Bei der schulischen Umsetzung der Inklusion wird der Blick leider nur in eine Richtung gelenkt. Dabei bleibt vielfach unerwähnt, dass die bestehenden Förderschulen mit ihrem jahrzehntealten Erfahrungsschatz für viele Eltern und Kinder nach wie vor alternativlos sind. Kinder erfahren dort ihrer Behinderung entsprechend eine durchgängige sonderpädagogische Förderung und werden besonders im lebenspraktischen Bereich hervorragend angeleitet. Gleiches stellten übrigens viele Qualitätsanalysen fest, die zahlreiche Schulen in NRW auf Herz und Nieren prüften. Es ist ein absoluter Irrglauben, der hoffentlich nicht zum Irrweg wird, alle Kinder mit Förderbedarf könnten erfolgreich mit den momentanen Mitteln der Inklusion beschult werden. Ein bisschen danebensitzen und über die Schulter schauen reicht für viele Kinder mit Förderbedarf eben bei weitem nicht aus – wer das verspricht, erzeugt pure Illusionen. Es darf aber nach der sehr fragwürdigen Abschaffung des Vorschulkindergartens, der besonders für Kinder mit Entwicklungsverzögerungen hilfreich war, nicht noch einen weiteren pädagogischen Kahlschlag geben.

Für Bildungspolitiker mag es wichtig sein, dass Vorgaben schnell umgesetzt werden und die Statistik stimmt. Den Bürgern hingegen sollte es eher darum gehen, dass jedes Kind die sonderpädagogische Förderung bekommt, die es benötigt. Der Weg, ob nun im Rahmen der Inklusion in einer Regelschule oder in einer Förderschule, muss für die Erziehungsberechtigten weiterhin frei wählbar bleiben.

## Sitzung als Selbstzweck?

Die Stadt muss sparen, auch der Rat: So wurde vereinbart, die Anzahl der Ausschusssitzungen nach Möglichkeit zu reduzieren. Nur hapert es manchmal noch mit dem Blick fürs Wesentliche: So sollte die Sitzung des Schulausschusses Anfang Mai eigentlich gar nicht einberufen werden, doch dann tagte und diskutierte man immerhin von 18 bis 21.30 Uhr; für einen Mangel an Beratungsbedarf spricht das nicht. Anders beim Bezirksausschuss in Lette: Der wurde am 12. Mai zu einer Sitzung geladen, bei der nur Kenntnisaufnahmen auf der Tagesordnung standen. Zu entscheiden war also überhaupt nichts: Genau solche Sitzungen kann man sich in jeder Hinsicht sparen.

## Kindergarten, Teil 2

Anfang 2011 hatte Coesfeld die Beitragsfreiheit für Geschwister in Kindergärten abgeschafft und den Anteil auf 25 Prozent gesetzt. Viele Eltern freuten sich deshalb über die von der Landesregierung beschlossene Entlastung, ein kostenfreies letztes Kindergartenjahr für alle. Besonders glücklich zeigte sich der Coesfelder Bürgermeister: Da das Land bisher nicht für sämtliche Kosten der Kinderbetreuung aufkommt, könne man doch nun Eltern

von Geschwisterkindern voll zur Kasse bitten, sobald ein älteres Kind in den Genuss der Befreiung käme, so ein Vorschlag der Verwaltung. Das ging aber selbst der CDU zu weit, die einen Kompromiss von 50 Prozent anbot. Gerade Eltern mit mehreren Kindern können ein wenig Entlastung gut gebrauchen, hielten die Pro Coesfelder und die Grünen dagegen. Am Ende lenkte sogar die CDU ein – die Erhöhung ist vom Tisch.

## Lästige Eltern?

Ungewöhnlich hoch war die Beteiligung bei der Befragung der Coesfelder Eltern von Grundschulkindern, die ihre Wünsche bezüglich weiterführender Schulen ausführlich niederlegen durften; die Ergebnisse werden in den neuen Schulentwicklungsplan eingearbeitet. Dabei wäre die Befragung um ein Haar an den etablierten Coesfelder Parteien gescheitert. Als Pro Coesfeld nämlich genau diese Elternbefragung im November 2010 beantragte, hagelte es im Schulausschuss Proteste. Vor allem in den Reihen der CDU sparte man nicht mit Spott: Man habe hier

„kein Wunschkonzert“, es sei auch noch nicht Weihnachten ... und die Eltern verstünden davon sowieso nichts und glaubten am Ende noch, wenn sie hier einen Wunsch für ihr Kind ankreuzten, müsse die Stadt das alles auch gleich einrichten. Da staunten die Pro Coesfelder und schüttelten nur den Kopf über so viel christdemokratische Bürgernähe. Dass die Befragung dann doch kam, verdanken die Eltern übrigens dem Fachbüro, das den Schulentwicklungsplan erstellt. Dessen Experten rieten dringend zu der von Pro Coesfeld geforderten Elternbefragung.

## Lohn fürs Radfahren

Schon in den Haushaltsberatungen der vergangenen Jahre hatten die Pro Coesfelder eine Idee präsentiert, die in anderen Kommunen bereits erfolgreich umgesetzt wurde. Die Kosten für Schulbusfahrten stellen einen erheblichen Posten im städtischen Haushalt dar. Warum also nicht den Schülern, die im Sommer ebenso gern mit dem Rad zur Schule fahren, einen kleinen Zuschuss zum Taschengeld zahlen, wenn sie in dieser Zeit auf ihr teures

Busticket verzichten? Als völlig unrealistisch und nicht durchführbar wurde der Vorschlag von der Verwaltung prompt vom Tisch gewischt, und Vertreter anderer Fraktionen wiesen sogar auf die Gefahren des Radfahrens hin. Und nun, im Zeichen der Haushaltskrise? Kramte die Verwaltung den alten Vorschlag aus der Schublade und setzte ihn ohne Murren um. Geht also doch – wenn auf dem Etikett nicht mehr „Pro Coesfeld“ steht.

## Bündnis für Erziehung

Mit Hilfe des Rates und seiner Ausschüsse sollte es aus der Taufe gehoben werden, aber völlig unabhängig und überparteilich – so zumindest konnten es die Angehörigen der übrigen Ratsparteien der Presse entnehmen. Da man Partner, die man ins Boot holen will, besser nicht auf diesem Wege unterrichtet, hatte das Unternehmen einen eher holprigen Start. Die Rede ist von einem „Bündnis für Erziehung“, das die Coesfelder CDU – wohl im Rahmen einer gleichnamigen Initiative der ehemaligen Bundesfamilienministerin von der Leyen – hier am Ort verankern möchte. Konkret geht es dabei um „Elternschule“, also um ein Trainingsangebot für Eltern, die mit den Aufgaben des Erziehens überfordert sind. Und es geht darum, dass Erzieherinnen und Lehrer aufgrund ihrer Erfahrungen mit den Kindern aktiv auf „Problemeltern“ zugehen, um ihnen eine solche Schulung nahezu legen. Grundsätzlich begrüßten auch die Pro Coesfelder in

diesem Fall das soziale Engagement der CDU. Allerdings zeigten sich viele von ihnen skeptisch, ob hier etwas wirklich Neues entsteht, das tatsächlich über die schon vorhandenen Hilfsangebote für Familien hinausgeht. Und sie äußerten Zweifel, ob man auf diese Weise wirklich Zugang zu genau den Eltern finden könne, die diese Hilfe dringend benötigten. (Manche grübelten auch, wie das denn wohl gehen könnte: wenn die Erzieherin eine Mutter beiseitenimmt und taktvoll fragt, ob sie ihren Aufgaben denn wohl gewachsen sei?) Eine Finanzierung aus städtischen Mitteln mochten die Pro Coesfelder deshalb angesichts der Haushaltslage nicht mittragen. Nun scheint das Konzept aber dank privater Sponsoren gesichert zu sein, und dagegen ist natürlich nichts einzuwenden. Bleibt also abzuwarten, ob das „Bündnis“ auch hält, was es verspricht – und ob mehr daraus wird als ein paar werbewirksame Auftritte in der Presse.

**Bürgerforum  
zur neuen Verkehrsführung  
12. Oktober 2011, 20.00 Uhr,  
Gaststätte „Coesfelder Berg“**

## In Coesfeld alles bestens?

Regelmäßig durchleuchtet die Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) im Auftrag des Landes die Kommunen in NRW und vergleicht Leistungsfähigkeit und Erfüllung kommunaler Aufgaben. Auch die Coesfelder Verwaltung stand 2010 wieder einmal auf dem Prüfstand. Richtig zufrieden kann Coesfeld mit dem Abschneiden allerdings nicht sein. Einigermaßen genutzt, so die GPA, werden die Handlungsmöglichkeiten bei Sportplätzen, Flächenmanagement und Gebäudewirtschaft. Deutlichen Handlungsbedarf sehen die Prüfer beim Baubetriebshof. Sehr schlechte Bewertungen erhalten die Haushaltswirtschaft und das Jugendamt.

### Die Zukunft

Lt. Prognosen der Bertelsmann Stiftung wird Coesfeld einen überdurchschnittlichen Bevölkerungsrückgang erleben. Die Einnahmen werden sinken, was bei fehlenden Sparbemühungen zu steigenden Steuern oder zur Pleite führt. Demografische Entwicklung, Bevölkerungsrückgang und strukturelle Änderungen in der Schullandschaft der Nachbarn haben deutliche Auswirkungen auf die Schülerzahlen. Die Bertelsmann Stiftung erwartet ein Minus von 25 bis 35 % über alle Schularten. Die GPA mahnt daher die differenzierte Schulentwicklungsplanung mit Flächenbewirtschaftung an. Bisher hieß es stets, Coesfeld sei von dieser Entwicklung nicht so sehr betroffen; auch die Schulentwicklungsplanung hatte man eher auf die lange Bank geschoben.

### Finanzen

Positiv sieht die GPA die Verringerung der Schulden und die Versuche, teure Kassenkredite zu vermeiden. Allerdings werden alle vorliegenden Haushalte negativ abgeschlossen. Niemand weiß, wie hoch die Defizite sind, denn zur Prüfung lagen weder die Eröffnungsbilanz noch die Folgebilanzen seit 2007 vor. Selbst die Entwürfe der Abschlüsse waren noch nicht erstellt. Die GPA führt das auf Arbeitsüberlastung und hohe Arbeitsrückstände zurück. Immerhin: Die Eröffnungsbilanz liegt jetzt vor. Die weiteren Bilanzen, wichtige Steuerungsinstrumente, fehlen aber immer noch. Sonst werden für jede noch so geringfügige Maßnahme gern externe Fachleute bestellt – warum nicht für die wesentlichen Grundlagen der Haushaltswirtschaft, wenn man das Problem intern nicht in den Griff bekommt?

### Jugendamt

Die GPA weist mit sehr deutlichen Handlungsvorschlägen auf wesentliche Mängel im Bereich des Jugendamtes hin. Die Falldichte in Coesfeld hält seit Jahren einen absoluten Spitzenwert auch im Vergleich zur Sozialstruktur. Die Prüfer raten, professionelle Hilfe in Anspruch zu nehmen, fachlichen Austausch mit anderen Jugendämtern anzustreben und eine Qualitätssicherung einzuführen.

„Im Aufgabenfeld Kinderschutz werden die gesetzlichen und fachpolitischen Mindeststandards in der Dienst-anweisung weitgehend umgesetzt. Die Dokumentationsstandards dagegen entsprechen noch nicht den verbindlich festgelegten Anforderungen.“ Besonders schmeichelhaft klingt das nicht.

### Gebäudewirtschaft

Die Gebäudewirtschaft wird immerhin als befriedigend bewertet. Coesfeld ist in diesem Bereich offensichtlich auf einem relativ guten Weg. Allerdings wird bei der Gebäudenutzung von einer grenzwertigen Lebensdauer ausgegangen, die zwar niedrige Abschreibungen ermöglicht – günstig für den Haushalt –, aber auch extreme Investitionskosten erfordert, wenn die angenommene Lebensdauer nicht erreicht werden kann. Die GPA kritisiert den hohen Flächenverbrauch (hohe Standards!) sowie überhöhte Energiekosten.

### Grünflächen

Die GPA stellt dem Bauhof insgesamt kein gutes Zeugnis aus. Es fehlen für den Baubetriebshof eindeutige Anweisungen; so „sollten strategische Ziele durch die Verwaltungsleitung definiert [werden], aus denen messbare Ziele für den operativen Bereich abgeleitet werden.“ Es fehlen u.a. eine Kosten- und Leistungsrechnung, ein wirksames Controlling sowie ein Grünflächenmanagement. Die Kosten des Bauhofes seien nicht nachvollziehbar. Das aber heißt: Der Bauhof wird nicht kontrolliert, weil er keinen Zielvorgaben durch die Verwaltungsleitung unterliegt.

### Bauleistungen

Die GPA hat fünf Baumaßnahmen überprüft und festgestellt, dass es keine Korruption gab. Hier immerhin 100 % für Coesfeld! Stolz kann er da sein, der Bürgermeister! Aber ist damit wirklich schon alles bestens?

## Radweg nach Lette

### Sicherheitsrisiko für Letteraner Kinder

Im Dunkeln kann es hübsch und romantisch sein – aber sicher nicht für den, der per Fahrrad im Finstern unterwegs ist. Das lässt sich gut auf dem Radweg von und nach Lette erleben: Der abendliche Radfahrer, der zu später Stunde diesen Weg benutzt, muss sich trotz der Beleuchtung am Rad mühsam auf die schwarze Nacht einstellen. Gerade die Kinder, von denen viele auch in der dunklen Jahreszeit mit dem Rad zur Schule fahren, erleben dann einen Schulweg, der alles andere als sicher ist. Zumal dort ein entgegenkommendes Auto ausreicht, die Radfahrer zu blenden und ihnen die Sicht endgültig zu nehmen. Da stellt sich

natürlich die Frage nach einer vernünftigen Ausleuchtung einer innerstädtischen Straße, denn das ist ja wohl die Straße nach Lette. Was leeren Straßen in den Gewerbegebieten recht ist – man schaue sich nur einmal die Straße „Letter Bülden“ an –, muss auch für die Verbindungsstraße zwischen den Ortsteilen gelten. Denn wenn Lette sich als Teil von Coesfeld fühlen soll, muss der Ort auch verkehrstechnisch besser an die Stadt herangeführt werden. Deswegen wird es Zeit, hier endlich zu handeln. Ein Konzept und eine Ermittlung der Kosten könnten zumindest ein guter Anfang sein.

### Impressum

Verantwortlich: Im Auftrag der freien Wählergemeinschaft: Robert Böyer.  
Pro Coesfeld, Postfach 1742, 48637 Coesfeld.  
E-Mail: redaktion@pro-coesfeld.de  
Für den Vorstand: Dr. Günter Kirstein, Paul Zumbült, Heinz Volmer, Uwe Hesse.  
Für die Fraktion: Günter Hallay, Hans-Theo Büker, Hermann-Josef Peters.  
Das Zeitungsteam: Robert Böyer, Dr. Thomas Pago, Uwe Hesse mit Vorstand und Fraktion.  
Auflage: 12.000 · Redaktionsschluss: 29. September 2011